

Nationalrat
Conseil national
Consiglio nazionale
Cussegl naziunal



Yvonne Feri
Etzel matt 12
5430 Wettingen
yvonne.feri@parl.ch

16.06.2017

Bericht aus der Session – Nummer 23 Rückblick auf die Sommersession

Geschätzte Damen und Herren,
Liebe Kolleginnen und Kollegen

In dieser Sommersession gab es kein so dominantes Geschäft wie die Altersvorsorge 2020 im Frühling. Wir behandelten eine vielseitige Themenpalette und es standen einige Diskussionen und Abstimmungen an.

Mein Partei- und Kantonskollege Cédric Wermuth hat in der Frühlingssession ein Postulat (17.3210) mit dem Titel «Milizsystem stärken, Vereinbarkeit von Familie und Parlament» eingereicht. Er weist in der Begründung darauf hin, dass der gängige Sessionsbetrieb nur sehr schwer mit Familienarbeit vereinbar ist. Denn oft sind beispielsweise Sitzungszeiten und Abstimmungen so gelegt, dass Kindertagesstätten dann geschlossen sind. Diese fehlende Vereinbarkeit führt dazu, dass es für Eltern mit kleinen oder schulpflichtigen Kindern schwierig ist, das Amt eines National- oder Ständerates auszufüllen. Ausserdem hat dies mit Sicherheit auch Einfluss auf den geringeren Anteil von Frauen im Parlament. Leider fand Cédric Wermuth mit seinem Postulat kein Gehör. Das Geschäft wurde abgelehnt und ist erledigt. Ich habe bereits 2013 eine parlamentarische Initiative (13.410) mit dem Titel «Überprüfung des Sessionsrhythmus auf die Vereinbarkeit von Beruf, Familie und Politik» eingereicht. Sie zielte in eine ähnliche Richtung und hatte ebenso keine Chance. Wir bleiben am Thema dran, ist es doch wichtig, dass wir neue Modelle andenken, welche den modernen Familienformen, aber auch der Mobilität, Komplexität der Geschäfte und Vielfalt im Parlament gerecht werden.

Ausserdem wurde in dieser Session auch über meine Motion «Bilanz des Aktionsplans der Schweiz zur Gleichstellung von Frau und Mann. Umsetzung» (15.3731) abgestimmt. Wie vom Bundesrat beantragt, wurde die Motion am 7. Juni 2017 im Nationalrat abgelehnt. Das bedaure ich sehr, denn ich bin nach wie vor davon überzeugt, dass wir in Bezug auf die Gleichstellung der Geschlechter noch einiges zu tun haben. Ebenso empfinde ich es als wichtig, dass nach wissenschaftlichen Grundlagenarbeit Aktionspläne erstellt werden. Was nützen die besten Studien, wenn daraus nichts gemacht wird?

Weiter wurde meine Motion «Kinderzulagen bedarfsabhängig ergänzen» (15.3939) behandelt. Sie verlangt, dass die Kinderzulagen künftig nicht mehr für alle Kinder in der gleichen Höhe ausbezahlt werden, sondern schweizweit bedarfsabhängig ausgeschüttet werden, resp. ein Minimum definiert und dann für schwächere Familien der Betrag erhöht wird. Leider fand mein Anliegen keine Zustimmung.

Beim letzten Geschäft von meiner Seite geht es um das Postulat «Sozialhilfe. Studie über die Langzeitwirkungen auf Kinder» (15.3940). Kinder, die von Armut betroffen sind, erleben erhebliche Einschränkungen in ihren Teilhabe- und Entwicklungsmöglichkeiten und haben somit stark beeinträchtigte Verwirklichungschancen. Mit meinem Postulat möchte ich eine Studie in Auftrag geben, welche die Situation von Kindern in Familien mit Sozialhilfe beleuchtet. Leider fand das Postulat kein Gehör.

Details zu den einzelnen Geschäften finden Sie unter: <https://www.parlament.ch/de/ratsbetrieb/suche-curia-vista?k=PdBusinessCouncilorPersonNumber=4069>:

Ausgewählte Geschäfte dieser Sommersession waren ausserdem:

REISEVERBOT: Der Nationalrat will ein Reiseverbot für vorläufig Aufgenommene. Er hat am Donnerstag Vorstösse der FDP- und SVP-Fraktion sowie des CVP-Präsidenten deutlich angenommen. Die drei Vorstösse gehen nun an den Ständerat. Während Gerhard Pfister (CVP/ZG) ein Verbot für Reisen ins Heimatland fordert, will die FDP-Fraktion ein generelles Reiseverbot. Die SVP wiederum verlangt ein "grundsätzliches" Verbot für Auslandsreisen. Kurt Fluri (FDP/SO) räumte ein, der Text des FDP-Vorstosses sei "etwas schwarz-weiss" formuliert. Die FDP denke an ein Verbot mit Ausnahmen. Justizministerin Simonetta Sommaruga betonte, auch sie wolle keinen Missbrauch. Der Bund habe eine Meldestelle und gehe jedem einzelnen Verdachtsfall nach. Es sei nicht immer einfach, Missbrauch nachzuweisen. Die Regeln aber seien strikt. Ein generelles Reiseverbot könnte etwa ein Kind treffen, dessen Schulklasse einen Ausflug in den Schwarzwald macht.

DISKRIMINIERUNGEN: Der Bundesrat soll prüfen, wie Daten über Diskriminierungen im Bereich LGBTI und über Mehrfachdiskriminierungen gesammelt werden können. Der Nationalrat hat ein Postulat von Mathias Reynard (SP/VS) mit 116 zu 73 Stimmen angenommen. Die Kombination oder Überschneidung mehrerer Merkmale mache Personen, die Opfer solcher Diskriminierungen werden, umso verletzlicher, argumentierte der Postulant. Heute gebe es ein Defizit an Daten. Der Bundesrat zeigte sich bereit, diese Lücke zu schliessen. Nur die SVP und einzelne CVP-Politiker stellten sich gegen den Vorstoss. Der Bundesrat wird nun einen Bericht erarbeiten.

ERITREA: Der Nationalrat will den Bundesrat beauftragen, Verhandlungsgespräche mit dem Regierungschef von Eritrea aufzunehmen - mit dem Ziel einer verfolgungsfreien Rückkehr von Eritreern. Er hat eine Motion von SVP-Nationalrätin Andrea Geissbühler (BE) angenommen. Justizministerin Simonetta Sommaruga versicherte, die verfolgungsfreie Rückkehr sei auch ihr Ziel. Die Annahme der Motion ändere aber überhaupt nichts. Der Bund spreche bereits mit Eritrea. Das Land lehne aber weiterhin jegliche Einmischung in innere Angelegenheiten ab und lasse eine Rückkehr nur auf freiwilliger Basis zu. Seit ich in Eritrea war, verfolge ich die Themen und Anliegen rund um dieses Land stark. Es gibt immer noch viele Unklarheiten in Bezug auf die Menschenrechte, Rechtsstaatlichkeit und vieles mehr.

PARTEIEN: Der Nationalrat will nicht mehr Transparenz bei der Finanzierung von Parteien sowie Wahl- und Abstimmungskampagnen schaffen. Er hat zwei Motionen der Grünen Partei abgelehnt, mit 67 zu 121 respektive 122 Stimmen. Die Grünen hatten mit ihren Vorstössen verlangt, dass Zuwendungen von natürlichen oder juristischen Personen ab einem bestimmten Schwellenwert

öffentlich gemacht werden müssen. Die Schweiz sei in unschöner Art ein Sonderfall, begründete Balthasar Glättli (Grüne/ZH) die Vorstösse. Sie werde wegen der Intransparenz Jahr für Jahr von der Staatengruppe gegen die Korruption gemahnt. Der Bundesrat hatte sich gegen die Vorstösse ausgesprochen. Die politische Unterstützung der Parteien sei nicht vorhanden, sagte Bundesrätin Simonetta Sommaruga im Rat. Allerdings werde sich mit der Transparenzinitiative voraussichtlich auch das Volk zur Frage äussern können.

VEREINBARKEIT: Arbeitstätigen Müttern und Vätern soll nach der Geburt eines Kindes auch künftig kein Rechtsanspruch auf eine Beschäftigungsreduktion gewährt werden. Der Nationalrat hat eine parlamentarische Initiative von Nadine Masshardt (SP/BE) abgelehnt. Die grosse Kammer sprach sich mit 110 zu 67 Stimmen bei 3 Enthaltungen gegen das Anliegen aus und folgte damit ihrer Rechtskommission, welche mit 12 zu 11 Stimmen bei einer Enthaltung beantragt hatte, der Initiative keine Folge zu geben. Damit ist das Anliegen vom Tisch. Laut Hans Egloff (SVP/ZH) müssen Unternehmen bereits heute flexible Lösungen für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf bieten, um konkurrenzfähig zu bleiben.

HÄUSLICHE GEWALT: Das Parlament setzt ein Zeichen gegen Gewalt an Frauen. Der Nationalrat hat als Zweitrat dem Beitritt zur Konvention zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häusliche Gewalt zugestimmt. Der Entscheid fiel mit 123 zu 50 Stimmen bei 10 Enthaltungen. Die sogenannte Istanbul-Konvention verpflichtet die Vertragsstaaten, Gewalt gegen Frauen und häusliche Gewalt zu verhüten, zu bekämpfen und zu verfolgen. Konkrete Auswirkungen hat der Beitritt zur Konvention keine, wie Justizministerin Simonetta Sommaruga betonte. Die Schweiz erfülle die Vorgaben bereits. Für die Ratifizierung brauche es keine Gesetzesanpassungen. Auf diese Ratifizierung habe ich lange gewartet. Ich freue mich sehr darüber, denn nun sind weitere Grundlagen für die Bekämpfung von häuslicher Gewalt vorhanden. Für die betroffenen Männer, Frauen und Kinder ein starkes Zeichen!

ÜBERREGULIERUNG: Der Nationalrat will, dass für jedes neue Gesetz gleichzeitig ein bisheriges aufgehoben werden muss. Er hat eine parlamentarische Initiative von Hans-Ueli Vogt (SVP/ZH) mit 87 zu 85 Stimmen bei 9 Enthaltungen gutgeheissen. Sagt auch der Ständerat Ja, wird eine entsprechende Gesetzesvorlage ausgearbeitet. Vogt argumentierte, Überregulierung sei mehr als nur ein Ärgernis. Sie komme teuer zu stehen und schwäche die Wettbewerbsfähigkeit. Die Regel "one in, one out" würde einen Beitrag zur Deregulierung leisten. Das Prinzip werde in anderen Ländern mit Erfolg angewendet. Die Gegner gaben zu bedenken, im Einzelfall wäre schwierig zu bestimmen, welche Gesetzesbestimmungen als "gleichwertig" zu bezeichnen und aufzuheben wären. Die Regelung würde das Parlament nicht nur daran hindern, nötigenfalls rasch zu legiferieren, sondern sie würde auch die parlamentarische Kompromissfindung erheblich erschweren.

SOZIALVERSICHERUNGEN: IV-Bezüger erhalten einen höheren Beitrag an Hörgeräte als AHV-Rentner. Das ist ungerecht, findet das Parlament. Es möchte die Beiträge angleichen. Nach dem Ständerat hat auch der Nationalrat eine Motion von FDP-Ständerat Josef Dittli (UR) angenommen - mit 118 zu 52 Stimmen bei 14 Enthaltungen. Den ursprünglichen Motionstext änderte die grosse Kammer aber ab. Demnach soll der AHV-Betrag - wie bei der Vergütung anderer Hilfsmittel - 75 Prozent des IV-Betrages entsprechen. Diesen Vorschlag brachte Bundesrat Alain Berset in der Nationalratskommission ein. Der Vorstoss geht damit noch einmal zurück an den Ständerat. Bei diesem Geschäft war ich Kommissionssprecherin.

GESUNDHEIT: National- und Ständerat wollen regeln, welcher Kanton bei ausserkantonalen Aufenthalten in Pflegeheimen für die Restfinanzierung zuständig ist. In einem Punkt sind sie sich

noch nicht einig, kommen sich aber etwas näher. Die grosse Kammer entschied mit 132 zu 51 Stimmen bei einer Enthaltung, dass für die Festsetzung der Restkosten die Regeln des Standortkantons des Heims gelten, sofern die Kantone keine anderslautenden Vereinbarungen abgeschlossen haben. Damit folgte sie dem Antrag ihrer Gesundheitskommission und kam dem Ständerat einen Schritt entgegen. Dieser entscheidet als nächstes über die die letzte verbleibende Differenz. Der Ständerat ist zwischenzeitlich nicht dem Nationalrat gefolgt – das Geschäft kommt nochmals in die Kommission.

ALKOHOL: Autofahrer sollen sich künftig auch auf der Autobahn einen Schluck genehmigen können. Der Nationalrat hat am Dienstag eine Motion seiner Verkehrskommission angenommen, die Ausschank und Verkauf von Alkohol auf Raststätten zulassen will. Bisher hatten Sicherheitsbedenken das Parlament davon abgehalten, das seit über fünfzig Jahren geltende Verbot aufzuheben. Für die Mehrheit des Nationalrats wiegt nun aber der Wettbewerbsnachteil für Raststättenbetreiber schwerer. Leidtragende seien auch die Restaurantbesucher, die kein Glas Wein zum Essen trinken könnten, hiess es. Der Bundesrat hatte die Motion mit Hinweis auf die relativ tiefe Zahl von Unfällen auf Autobahnen unterstützt. Diese geht nun an den Ständerat. Ich persönlich bedaure diesen Entscheid sehr.

Zum Schluss noch ein paar persönliche Ergänzungen. Ich habe in diesem Jahr einige neue Einsitze übernommen, über die ich Sie informieren möchte. Dies sind im Einzelnen:

- Seit 18.1.2017 Mitglied Patronatskomitee Vermittlungsprojekt Doppeltür
- Seit 18.1.2017 Beirätin des Vereins Kometian
- Seit 1.4.2017 Beirätin im Förderverein für Kinder mit seltenen Krankheiten
- Seit 1.5.2017 Beirätin des Vereins Hunger Projekt

Ausserdem habe ich mich in den letzten Monaten vermehrt im Kinderschutz Schweiz engagiert. Das Thema ist nach wie vor brandaktuell, denn eine Studie¹ hat erneut gezeigt, dass 80% der registrierten Kindsmisshandlungen innerhalb der Familie passieren. Ausserdem beschäftige ich mich im Rahmen meines Amtes als Stiftungsratspräsidentin mit der Aufgabe die Leitung dieser Organisation neu zu besetzen.

Nach einem arbeitsintensiven und interessanten ersten Halbjahr 2017 freue ich mich nun auf ein paar Ferientage, in denen ich mich unter anderem meinem Hobby, dem afrikanischen Tanz, widme. Aber auch ein paar Mussestunden mit einem spannenden Roman oder ein paar Laufeinheiten als Vorbereitung für die Herbstläufe gehören dazu!

Ich wünsche Ihnen von Herzen einen erholsamen und sonnigen Sommer!



Yvonne Feri

Nationalrätin SP/AG
Präsidentin Stiftung Kinderschutz Schweiz

¹ <https://www.kinderschutz.ch/de/aktualitaet/id-80-prozent-der-registrierten-kindsmisshandlungen-finden-innerhalb-der-familie-statt.html>